

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 81. Ratssitzung vom 12. Dezember 2015

1493. 2015/294

Weisung vom 09.09.2015:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2016 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetanträge

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 80, Beschluss-Nr. 1493/2015)

Beschlüsse:

SOZIALDEPARTEMENT

Antrag 233.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Die Minderheit ist der Ansicht, dass keine Entlassungen notwendig sind, die Fluktuation reicht für den Personalabbau aus. Irgendwann muss man anfangen, das strukturelle Defizit abzubauen. Jetzt ist eine gute Gelegenheit, bei der es ohne Schmerzen und Entlassungen geht.

Felix Moser (Grüne): Bei der zentralen Verwaltung gab es einen Anstieg bei den Stellen. Es geht um Stellen, die von der Informatik, dem Support neu dem Sozialdepartement unterstellt wurden. Andererseits geht es um Sozialinspektoren. Hört ein Sozialinspektor mit seiner Tätigkeit bei der Stadt auf, muss kein neuer angestellt werden.

Weitere Wortmeldung:

Martin Bürlimann (SVP): Mit Interesse haben wir gehört, dass Bewegung in die Angelegenheit gekommen ist. Es ist gut, die natürliche Fluktuation auszunutzen. Eine ursprüngliche 80 %-Stelle kann beispielsweise durch eine 60 %-Stelle ersetzt werden. Wir sollten dies tun, solange wir noch die notwendigen Mittel dazu haben.

3 / 64

Antrag 235.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Das Konto kann um 73 000 Franken verbessert werden. Es gibt sehr viele Endeinkäufe; die Anstrengungen, Leistungen intern zu beziehen, sollten verstärkt werden. Leistungen, die nicht zwingend extern erbracht werden müssen, sollten intern geleistet werden. Auch dadurch kann man Kosten sparen.

Felix Moser (Grüne): Auch auf diesem Konto gibt es Ausgaben für Sozialinspektoren und für Ermittlungen im Ausland. Letztere kann das städtische Personal nicht selbständig durchführen.

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): Da der Tabellenantrag nicht durchgekommen ist, wechseln wir zur Minderheit.

Karin Weyermann (CVP): Da die Tabellenanträge nicht durchgekommen sind, werden wir ebenfalls zur Minderheit wechseln.

S. 348	55 5500 3180 0000	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
235.	Antrag Stadtrat			73 000	775 000 702 000	Mehrheit Minderheit Enthaltung
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) Shaibal Roy (GLP)
			Begründung: Leistungen intern beziehen oder weglassen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 62 gegen 62 Stimmen gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten zu.

Antrag 236.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): Es geht um Beiträge an die Zentralstelle Ehe- und Familienberatung. Im klassischen Eheversprechen kommen die Worte vor: «in guten wie in schlechten Zeiten.» Es ist nicht einleuchtend, warum ein Versprechen zwischen zwei erwachsenen Personen auf die Gemeinschaft ausgedehnt werden konnte. Es ist nicht nachvollziehbar, warum der Staat hier einspringen sollte. Für die Sozialindustrie ist dies natürlich sehr lukrativ. Für einen Bäcker wäre es auch einfacher, wenn er seine Brötchen verschenken und dafür Geld vom Staat beziehen könnte. Wenn jemand eine Familien- oder Eheberatung in Anspruch nimmt, sollte er dafür auch aufkommen.

Felix Moser (Grüne): Grundsätzlich muss ich sagen, dass 15 bis 20 Anträge folgen werden, denen ein Gemeinderatsbeschluss zugrunde liegt. Die Zentralstelle für Ehe- und Familienberatung bekam vom Gemeinderat einen Beitrag in Höhe von 173 900 Franken gesprochen. Dies wurde bereits vom Gemeinderat mit einer Mehrheit beschlossen. Diese Anträge sind somit seltsam und weltfremd, auf jeden Fall sind sie chancenlos, wenn dies weitergezogen wird. Die Mehrheit findet, dass es sich um eine sinnvolle Institution handelt, die Familien und Paare mit Problemen berät.

S. 349	55 5500 3650 0182	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Zentralstelle für Ehe- und Familienberatung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
236.	Antrag Stadtrat				173 900	Mehrheit
			173 900		0	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Martin Bürliemann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)

Begründung: Vermehrt über die Einnahmen der Klienten finanzieren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 21 Stimmen zu.

Antrag 237.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): Die Infosekta berät unter anderem zum Satanismus, warnt vor Yoga und vor einer Esoterikmesse, die jährlich stattfindet. Dieses Angebot ist überflüssig. Um die Bedeutungslosigkeit von Infosekta aufzuzeigen, möchte ich eine reale Beratungssituation als Beispiel aufführen. Es ging darum, dass eine erwachsene Person eine schriftliche Anfrage zur Church of Satan an die Infosekta stellte. Die Infosekta antwortete: «Vielleicht kennen Sie Star Trek Raumschiff Enterprise, dort kann man bekanntlich beamen. Wie sie vielleicht wissen, klappt das mit dem Beamen nicht immer richtig wegen der Energie. Und dann sind die Leute halb gepixelt, weder auf dem Planeten noch im Raumschiff und man rätselt, wie es sich so anfühlt, halb gepixelt im Nirgendwo dazwischen zu sein.» Die Anfrage dieser erwachsenen Person war sehr distanziert. Das geht so nicht. Weiter schreibt die Infosekta: «Ich vermute aber, dass die meisten Menschen, die sich mit dem Programm der Church of Satan auseinandersetzen, dies mit einer gewissen ironischen Distanz tun.» Selbst die Infosekta gibt somit an, dass die Church of Satan niemand ernst nehmen kann. Dafür muss man keine Steuergelder verschwenden.

Marcel Bührig (Grüne): Die Mehrheit lehnt die Streichung der Beiträge an die Infosekta ab. Die Infosekta bietet ein wichtiges Angebot, um vor gefährlichen Sekten und Scharlatanen zu warnen. Diese können in den wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Ruin führen. Das Angebot von Infosekta ist wichtig.

S. 349	55 5500 3650 0188	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Infosekta				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
237.	Antrag Stadtrat				19 900 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			19 900		0 Minderheit	Martin Bürliemann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Überflüssiges Angebot			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen zu.



8 / 64

S. 349	55 5500 3650 0197	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Homosexuelle Arbeitsgruppen Zürich				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
240.	Antrag Stadtrat				39 700 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			39 700		0 Minderheit	Martin Bürliemann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Soll sich über private Beiträge oder Spenden finanzieren			

Ausstand: Patrick Hadi Huber (SP), Markus Hungerbühler (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 241.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): Es geht um die Missstände im Asylwesen. Bei diesem Budgetposten wird klar, dass die Asyl- und Sozialindustrie immer mehr Steuergelder verschlingt. Diese Gier nach Steuergeldern zeigt sich auch, wenn man die Zahlen der vergangenen Jahre anschaut. Die Rechnung 2008 schloss mit 6 Millionen Franken ab, die Rechnung 2014 bereits mit über 10 Millionen Franken. Es ist zutreffend, dass die Stadt durch die Masseneinwanderung mehr Asylbewerber aufnehmen muss. Die Bevölkerungszahl ist die Messgrösse für die Bestimmung der Anzahl Asylbewerber, die beherbergt werden muss. Wenn die Stadt wächst muss sie auch mehr Asylbewerber aufnehmen. Wenn man die Bevölkerungszahlen von 2008 und 2014 anschaut, muss die Anzahl Asylbewerber um ungefähr 150 Bewerber gestiegen sein. Für diese 150 Personen benötigt die AOZ knapp 4 Millionen Franken zusätzlich. Jedes Privatunternehmen würde bei diesem Umgang mit den Finanzen nach kurzer Zeit Pleite gehen. Darum muss sich die Asylindustrie keine Sorgen machen. Das Unheil, das die Steuerzahler erwarten können, zeigt der Blick nach vorne. Anfang 2016 muss die Stadt 780 Personen zusätzlich beherbergen. Wenn für 150 zusätzliche Personen bereits 4 Millionen Franken zusätzlich aufgewendet werden müssen, dann kann man sich ausrechnen, um wie viel die Kosten 2016 steigen müssen. Man kann sich die Missstände im Asylwesen auch auf andere Art vergegenwärtigen. Zwischen 2008 und 2014 kam es zu einer Kostenexplosi-

on pro Asylbewerber um 150 %. Die Gier der Sozialindustrie und Asylindustrie nach Steuergeldern ist überall ersichtlich. Diese Missstände können nicht geduldet werden.

Marcel Bührig (Grüne): Es ist durch kantonales und nationales Recht vorgegeben, dass wir diesen Betrag zahlen müssen. Ein Sparantrag bringt nichts. Deshalb bitten wir Sie, diesen Antrag abzulehnen.

S. 349	55 5500 3650 0302	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Asyl-Organisation Zürich für städtische Pflichtleistungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
241.	Antrag Stadtrat				10 032 800 1 547 000 N	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			5 547 000		6 032 800	Minderheit Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
		Begründung:	Prozesskosten AOZ reduzieren. Seit Rechnung 2008 Steigerung um über 5,5 Millionen Franken			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 242.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): Wir haben gehört, dass das Asylchaos auf Bundesebene fabriziert werde und die Stadt nichts machen könne. Jetzt geht es um besondere städtische Integrationsleistungen. Es ist so, dass die Wirtschaftsflüchtlinge tausende von Dollars zahlen, um in den Sozialstaat einzutreten. Die Schlepper erhalten von den angeblich Bedürftigen Milliarden. Echte Bedürftige können sich diese Milliarden nicht leisten. Um dieses lukrative Geschäft am Leben zu erhalten, wird die Kundschaft dorthin gebracht, wo die Investition Sinn ergibt. Die Sozial- und Asylindustrie ist kein Teil der Lösung, sondern ein Teil des Problems. Wenn man die Anerkennungsquote über einen längeren Zeitraum betrachtet, muss man feststellen, dass sie durchschnittlich 14 % beträgt. Es handelt sich also vor allem um Wirtschaftsflüchtlinge, die in die Schweiz kommen. Um den kriminellen Schleppermarkt auszubluten, müssen die besonderen Leistungen stillgelegt werden. Es kommen nicht die Armen in die Schweiz. Das Kapital muss lokal investiert werden. Europa muss seine Hausaufgaben machen und den Markt tro-

ckenlegen. Die Wirtschaftsflüchtlinge sollen nicht nach Europa kommen. Als kleinen Schritt in die richtige Richtung wäre die Streichung dieses Postens sinnvoll. Da die linke Seite direkt oder indirekt von diesen Transferleistungen profitiert, ist es klar, dass sie diese sinnvollen Reformen ablehnen wird. Deshalb beantragen wir eine Kürzung um knapp 2,1 Millionen Franken.

Marcel Bührig (Grüne): Dieser Antrag löst keine Probleme. Es wird auf dem Buckel von Asylsuchenden gespart. Dieser Kürzungsantrag nützt nichts, weil niemand in Syrien die Beschlüsse des Zürcher Gemeinderats liest. Die Kürzung hilft auch nicht, die Lage in Syrien oder in anderen prekären Ländern zu verbessern. Wir würden lediglich die Asylsuchenden, die bereits da sind, nicht weiter integrieren können.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Urs Egger (FDP): Die FDP enthält sich bei diesem Antrag. Ich möchte mich nicht auf die internationale Flüchtlingsdebatte einlassen. Die meisten Flüchtlinge befinden sich in den Entwicklungsländern und nicht in Europa. Wir bleiben bei der Enthaltung, weil uns die AOZ kein Budget vorgelegt hat, über das wir uns unterhalten könnten. Den städtischen Pflichtleistungen haben wir zugestimmt. Die besonderen Leistungen hätten wir uns gerne genauer angeschaut, allerdings wurde uns kein Budget vorgelegt.

Roger Liebi (SVP): Ich bin erstaunt, wie wahllos mit Begriffen umgegangen wird. Es geht um das Konto für die Integrationsleistungen. Herr Bührig (Grüne) nennt die syrischen Flüchtlinge gleichzeitig Asylbewerber. Ich möchte bitten, dass der Unterschied zwischen Asylbewerber und Flüchtling beibehalten wird. Wir sehen, was wir mit der Integration einzelner Leute bewirken konnten.

Alan David Sangines (SP): Die Position der FDP ist erstaunlich. Roger Liebi (SVP) sagte, dass er sich enthalte, wenn er etwas nicht verstehe. Es wäre wünschenswert, wenn dies auch Samuel Balsiger (SVP) beherzigen würde. Es wurde bislang noch nicht erklärt, worum es bei diesem Konto geht. Wir müssen uns anschauen, um welche Leistungen es sich handelt. Immer, wenn die SVP sagt, die Anerkennungsquote liege bei 14 %, muss man sich das näher anschauen. Die Aussage stimmt zwar, aber die Schutzquote liegt bei 70 %. In der Schutzquote enthalten sind alle syrischen Kriegsflüchtlinge. Es handelt sich um keine Flüchtlinge, sie erhalten jedoch die vorläufige Aufnahme. Sie sind nicht konkret an Leib und Leben bedroht, sie werden nicht individuell verfolgt, erhalten aber die vorläufige Aufnahme, weil sie aus einem Kriegsgebiet stammen. Es handelt sich gemäss Samuel Balsiger (SVP) um keine anerkannten Flüchtlinge und somit könnten sie ausgewiesen werden. Wenn die Schutzquote bei uns 70 % beträgt, muss man schauen, dass diese Menschen integriert werden können. In diesem Konto sind 144 Arbeitsplätze des Zentrums Juch enthalten. Konkret handelt es sich dabei um Gratisarbeit, die von den Asylsuchenden für die Bevölkerung geleistet wird. Beispielsweise wird am Sechseläuten der Scheiterhaufen errichtet. In Altstetten reinigen die Asylsuchenden die Schrebergärten nach Fussballspielen. Die Integration im Rahmen des Berufsvorbereitungsjahrs wurde von zwei Jahren auf ein Jahr gekürzt. Es gibt somit viele jugendliche Asylsuchende, die keine Anschlusslösung haben. Das Trampolin Basic

hilft ihnen, Praktikumsplätze in verschiedenen Betrieben zu finden. Es handelt sich um sehr günstige Arbeitskräfte. Zudem gibt es das Konfliktphon, bei dem die aufgeschreckte Bevölkerung anrufen kann. Transfer ermöglicht es Freiwilligen, mit Flüchtlingen zusammenzuarbeiten. Freiwillige helfen Flüchtlingen, hier zurechtzukommen. Diese Projekte werden mit diesem Konto finanziert. Es handelt sich um kostengünstige Integration. Der Staat profitiert davon. Wenn ein vorläufig Aufgenommener arbeitet, muss er sieben Jahre lang eine Sondersteuer zahlen. Diese Kürzungsanträge sind unüberlegt und kurzfristig.

Samuel Balsiger (SVP): Ich möchte das Votum von Roger Liebi (SVP) aufnehmen, der sagte, die Linken würden die Begriffe vermischen. Ein Flüchtling ist jemand, der direkt an Leib und Leben bedroht ist. Ein Asylbewerber ist jemand, der ein Asylgesuch stellt. Wenn die Anerkennungsquote konstant bei 14 % liegt und bei Anderen der Vollzug nicht durchgeführt wird, kann davon ausgegangen werden, dass es sich bei den Anderen um Wirtschaftsflüchtlinge handelt. Es geht nicht um Syrier, es geht um Eritreer und andere Bevölkerungsgruppen. In diesen Ländern herrscht kein Krieg, es gibt ein gutes Gesundheitswesen und stabile gesellschaftliche Verhältnisse. Die Syrer haben keinen Bezug zum Asylchaos der Schweiz. Zu uns kommen andere Gruppen. Die linksliberale Zeitung Zeit berichtet, syrische Pässe am Kiosk gekauft werden könnten. Ob somit jeder, der behauptet, Syrer zu sein, tatsächlich Syrer ist, ist eine andere Frage. Wenn diese Leute im Libanon und der Türkei sind, sind sie nicht mehr an Leib und Leben bedroht. Diese Begriffe sollten erstmal geklärt werden.

S. 349 **55** **SOZIALDEPARTEMENT**
5500 **Sozialdepartement Zentrale Verwaltung**
3650 0303 **Beitrag an Asyl-Organisation Zürich für besondere städtische Integrationsleistungen**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
242. Antrag Stadtrat			1 726 000 450 000 N	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	2 176 000		0	Minderheit Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
				Enthaltung Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Die Schweiz als Zielland wird mit Sonderleistungen noch attraktiver gemacht

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 22 Stimmen zu.

12 / 64

Antrag 243.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roberto Bertozzi (SVP): Die Zürcher Fachstelle für Alkoholprobleme ist die Institution mit der breitesten Erfahrung im Bereich Alkoholprävention. Sie bietet mit ihrem interdisziplinären Team professionelle Informationen, Beratung, Therapie sowie suchtmmedizinische Dienstleistungen für alle Altersgruppen und ganze Familiensysteme an. Wir unterstützen das Angebot dieser Fachstelle grundsätzlich. Jedoch sind wir der Ansicht, dass die Geschäftsstelle ehrenamtlich geführt werden sollte. Beim Vorstand der Fachstelle ist dies bereits der Fall. Darum beantragen wir eine Kürzung in der Höhe von 165 000 Franken.

Felix Moser (Grüne): Auch bei diesem Antrag gibt es eine Weisung. Diese Weisung wurde einstimmig beschlossen. Die Arbeit dieser Fachstelle ist sinnvoll.

S. 349	55 5500 3650 0310	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Zürcher Fachstelle für Alkoholprobleme				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
243.	Antrag Stadtrat				1 655 000	Mehrheit
			165 000		1 490 000	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
			Begründung:	Ver mehrt auch in der Geschäftsstelle auf ehrenamtliche Mitglieder setzen, wie dies schon jetzt im Vorstand der Fall ist		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 244.

Kommissionsreferent:

Felix Moser (Grüne): Über diese Weisung haben wir vor einigen Wochen beraten und den Beitrag gekürzt. Wir bitten Sie, dies im Budget nachzuvollziehen.

Dr. Urs Egger (FDP): Sportklubs und Vereine funktionieren nach dem Prinzip Gemeinsinn. Die meisten Vereine funktionieren mit Unterstützung des Staats. Es ist gut, wenn ein Verein ohne Unterstützung der öffentlichen Hand funktioniert. Es gibt jedoch viele Aktivitäten, die ohne unsere Unterstützung nicht existieren würden. Wir müssen diesem Prinzip folgen. Dies bedeutet Gemeinsinn. Es braucht Unterstützung mit öffentlichen Mitteln und sehr viel Engagement.

S. 350	55 5500 3650 0366	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Verein Domicil				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
246.	Antrag Stadtrat				575 000	Mehrheit
			575 000		0	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
						Begründung: Die Vermittlung von subventionierten Wohnungen soll nicht von der Allgemeinheit bezahlt werden

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 247.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): Einzelbereiche dieser Institutionen isoliert zu betrachten, ist nicht sinnvoll. Die Institution Obstgarten besitzt einen Personalaufwand in Höhe von 2,8 Millionen Franken. Eine Optimierung ist in diesem Bereich gut möglich. Durch die dadurch freigesetzten Stiftungsmittel können die städtischen Subventionen kompensiert werden. Dadurch ist eine Kürzung der Löhne bei den Lehrmeisterinnen nicht notwendig.

Felix Moser (Grüne): Es wird bewusst die Ausbildung junger Frauen unterstützt. Diese Frauen können hier ein Hauswirtschaftsattest erlangen. Es handelt sich nicht um eine Lehre, sondern um die Vorstufe zur Lehre. Dadurch haben diese Frauen eine bessere Chance, eine normale Arbeitsstelle zu finden.

Weitere Wortmeldung:

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Ich möchte nur eine kleine Bemerkung machen. Es handelt sich nicht um ein isoliertes Projekt. Es wurde bereits in der Weisung Arbeitsintegration ausführlich behandelt.

S. 350 **55** **SOZIALDEPARTEMENT**
5500 **Sozialdepartement Zentrale Verwaltung**
3650 0372 **Beitrag an Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime ZKJ für das Angebot «Ausbildung Hauswirtschaft Obstgarten» (ehemals «Atelier Rötel»)**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
247. Antrag Stadtrat			227 700 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	23 000		204 700 Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)

Begründung: Hoher Fachpersonalaufwand im Verein, Optimierungen möglich

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 248.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Das Projekt ist gut, es gibt jedoch viele Angebote in diesem Bereich, auch staatliche. Die Plattform Networking for Jobs hilft Schweizer Rückkehrern und Zugewanderten mit Fach- oder Hochschulabschluss bei der Arbeitsintegration in Schweizer Firmen. Dies ist keine Aufgabe des Staats. Private und Firmen sollten dies auf eigene Rechnung anbieten.

Felix Moser (Grüne): Die Mehrheit der RPK hält dieses Angebot für sinnvoll.

Weitere Wortmeldung:

Peter Schick (SVP): Ich möchte das Votum von Martin Bürlimann (SVP) ergänzen. Diese Plattform hat namhafte Partner, so beispielsweise ABM, KPMG, die Swisscom, die Migros, Google Schweiz und Andere. Ebenfalls hat sie diverse kleinere Partner. Der Verein leistet gute Arbeit als Ergänzung zu städtischen Leistungen. Wir sehen nicht ein, warum er auch von der Stadt Geld bekommen sollte, wenn er so namhafte und potente Partner hinter sich hat.



17 / 64

S. 350	55 5500 3650 0375	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Platform Networking for Jobs				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
248.	Antrag Stadtrat				49 500 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			49 500		0 Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Bereits zu viele Angebote, staatliche Strukturen sind schon vorhanden

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 249.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roberto Bertozzi (SVP): Der Berufslehr-Verbund Zürich will Lehrstellen für Jugendliche schaffen, die nach der obligatorischen Schulzeit keine Lehrstelle haben. Man muss jedoch beachten, dass rund ein Drittel des Budgets nicht direkt dem Zielpublikum zukommt, sondern den Angestellten in Form von Löhnen. Im Verbund sind 18 Personen beschäftigt. Für diese Personen sind 1,8 Millionen Franken vorgesehen. Bei den Angestellten handelt es sich vorwiegend um Akademiker, die Akademikerlöhne beziehen. Es handelt sich um Psychologen, Sozialarbeiter und Ausbilder. Pro 100 Stellenprozent liegt der durchschnittliche Lohn mit Lohnnebenkosten bei 126 572 Franken jährlich. Das ist ein Grund, eine Kürzung um 100 000 Franken zu beantragen. Auch HR-Fachleute, Berufsbildner und Andere können Stellen vermitteln. Dafür braucht es keine Akademiker.

Felix Moser (Grüne): Die Stiftung unterstützt nicht in erster Linie Jugendliche, die keine Lehrstellen finden. Sie schafft Lehrstellen, indem sie kleine Firmen zusammenführt, die gemeinsam Lehrstellen anbieten. So entstehen Lehrstellen, die auch für Jugendliche sind, die noch keine Lehrstelle gefunden haben.

19 / 64

8 000

0 Minderheit

Martin Bürliemann (SVP)
Referent, Dr. Urs Egger
(FDP), Roger Liebi (SVP),
Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Überflüssiges Angebot

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 251.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): Um zu verstehen, welche Werte ein Verein vertritt, schaut man am besten in die Vergangenheit. Aus einem Zeitungsartikel geht hervor, dass Frauen aus der Dritten Welt für weisse Männer Gebrauchsgegenstände seien. Von einem solchen linksideologischen Verein kann man nicht annehmen, dass er die Realität anerkennt. Obwohl der Verein angibt, dass die Ausbeutung der Frauen in der Schweiz mit der Einwanderung zu tun habe, ist es kein Ziel des Vereins, die zügellose Einwanderung zu stoppen. Dieser Verein ist realitätsfremd und verdient keine Steuergelder.

Cordula Bieri (Grüne): Der Verein setzt sich für den Schutz und die Rechte von Migrantinnen ein. Sie werden beraten, wenn sie Opfer von Gewalt und Ausbeutung wurden. Es geht vor allem um die Opfer von Frauenhandel.

S. 350 55 SOZIALDEPARTEMENT
5500 Sozialdepartement Zentrale Verwaltung
3650 0445 Beitrag an Dritte-Welt-Frauen-Informationszentrum (FIZ)

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
251.	Antrag Stadtrat			149 500	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
		149 500			0 Minderheit	Martin Bürliemann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)

Begründung: Überflüssiges Angebot

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen zu.

20 / 64

Antrag 252.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): *Auch hier gibt es sehr viele Angebote. Staatliche Unterstützung sollte sich auf das Wesentliche konzentrieren. Wenn es um Gewalt an Frauen und Kindern geht, dann handelt es sich um eine Angelegenheit der Justiz und Polizei. Wenn es um Projekte geht, sollten sich private Hilfsorganisationen darum kümmern.*

Cordula Bieri (Grüne): *Projekte, die häusliche Gewalt präventiv verhindern können, sind zweifellos wesentliche Projekte. In der Schweiz stirbt alle zwei Wochen eine Frau an den Folgen häuslicher Gewalt. Jedes Projekt, das zur Reduktion häuslicher Gewalt beiträgt, leistet einen wichtigen Beitrag.*

S. 350	55 5500 3650 0447	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge an Projekte gegen Gewalt an Frauen und Kindern				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
252.	Antrag Stadtrat		69 200		69 200 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
					0 Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Streichung, bereits zu viele Angebote			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 253.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): *Ich schliesse mich dem vorhergehenden Votum von Martin Bürlimann (SVP) an.*

Cordula Bieri (Grüne): *Der Verein leistet einen wichtigen Beitrag, indem er Menschen mit Beeinträchtigungen vor sexuellen Übergriffen schützt. Betreuungs-, Bezugspersonen und Institutionen werden geschult. Dadurch wird ein wichtiger Beitrag zur Prävention vor*

sollte. Andernfalls sollte die Fachstelle aufgelöst werden.

Samuel Balsiger (SVP): Frauen sind kein Opfer, sie sind nicht schwach, sie sind nicht unfähig sich selber zu entwickeln. Frauen sind stark, sie sind eigenständig und sie brauchen keine Bevormundung und Stigmatisierung von linker Seite. Scheinbar sind die linken Ideologen in den 1960er Jahren hängengeblieben. Es gibt viele Frauen, die sich über die Stigmatisierung und Bevormundung wundern. Es ist nicht erstaunlich, dass Frauen bei den Nationalratswahlen rechtsbürgerlich gewählt haben.

S. 350	55 5500 3650 0460	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Freier Kredit für Frauenprojekte				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
254.	Antrag Stadtrat				25 200	Mehrheit
			25 200		0	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Streichung, bereits zu viele Angebote			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 40 Stimmen zu.

Antrag 255.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Wenn Frauenprojekte einen freien Kredit bekommen, erhält auch das Mannebüro einen freien Kredit. Analog zur Argumentation von vorher sollte man sich auf das Wesentliche konzentrieren. Der Verein sollte sich selber finanzieren.

Cordula Bieri (Grüne): Im Jahr 2014 wurden von insgesamt 5000 Gewaltstraftaten 4000 von Männern verübt. Ich stelle eine Tendenz fest, dass Männlichkeit und die Ausübung von Gewalt sehr stark in der Gesellschaft verknüpft sind. Das Mannebüro leistet einen wichtigen Beitrag bei der Beratung von Männern, die gewalttätig wurden. Es zeigt ihnen neue Wege auf, wie mit Situationen umgegangen werden kann, ohne Gewalt anzuwenden. Es handelt sich um einen sehr wichtigen Beitrag, mit dem häusliche Gewalt in Familien verhindert werden kann.

23 / 64

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Frau Bieri (Grüne), sprechen Sie mir eine gewisse Männlichkeit zu? Wenn ja, bin ich gewalttätig. Sie haben gesagt, dass Männlichkeit mit einer gewissen Gewalttätigkeit einhergeht.

Hans Urs von Matt (SP): Einmal mehr bin ich erschüttert. In der Soziologie nennt man dieses Bild, das Roger Liebi (SVP) vertritt, hegemoniale Männlichkeit. Es besteht ein Tunnelblick, demzufolge es eine männliche Norm gibt. Andere Formen der Männlichkeit werden nicht reflektiert. Das ist unglaublich. Es gibt unterschiedliche Realitäten, schauen Sie sich um. Es geht um Repräsentationen und Ressourcen. Die Ressourcen sind ungleich verteilt. Wir sind von Gleichstellung weit entfernt. Repräsentationen können Sie sich in ihren eigenen Reihen anschauen.

Stefan Urech (SVP): Uns wird immer wieder vorgeworfen, dass wir bei ernsten Themen kichern und lachen. Es sind tatsächlich ernste Themen. Wenn ich mir anschauere, dass die häusliche Gewalt durch Lunches, Männerpalaver und Kurse und Diskussionsgruppen verhindert werden soll, dann kann ich nur kichern. Deshalb wollen wir diesen Beitrag streichen.

S. 350	55 5500 3650 0480	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Verein Mannebüro				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
255.	Antrag Stadtrat				49 500	Mehrheit
			49 500		0	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:	Überflüssiges Angebot, Auflösung von Männerrollen-Bildern ist nicht notwendig		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 256.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roberto Bertozzi (SVP): Es geht um Beratungs- und Begleitungsangebote für Eltern.

Zudem gibt es eine Begleitung für Kinder und Jugendliche mit Gewalterfahrung. Es wird eine Strategie entwickelt, wie das Erlebte verarbeitet werden kann. Deshalb ist das Angebot sinnvoll. Aufgrund der angespannten Finanzlage der Stadt müssen wir den Rotstift ansetzen. Sicher wäre es besser gewesen, bei unnötigen Angeboten zu sparen. Dort erfolgten jedoch keine Einsparungen. Deshalb fordern wir hier eine Kürzung.

Felix Moser (Grüne): Die Mehrheit der RPK findet das Angebot sinnvoll.

S. 350	55 5500 3650 0505	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Verein Pinocchio				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
256.	Antrag Stadtrat				202 400	Mehrheit
			202 400		0	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Streichung, bereits zu viele Angebote			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 257.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Es geht um mehr als eine Viertel Million Franken. Wir sind der Ansicht, dass in diesem Bereich keine zusätzlichen Projekte notwendig sind. Es gibt sehr viele Angebote im vorschulischen Bereich.

Felix Moser (Grüne): Es geht um die Unterstützung neuer Projekte. Man gibt viel Geld für die Frühförderung aus. Es ist wichtig, dass das Angebot weiterentwickelt wird und neue Projekte unterstützt werden.



25 / 64

S. 351	55 5500 3650 0515	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Starthilfen und projektgebundene Beiträge im Frühbereich				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
257.	Antrag Stadtrat				263 000 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			263 000		0 Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Im KITA-Bereich braucht es keine neuen Projekte

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 258.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): *Es geht um Beiträge an Deutschkurse mit Kinderbetreuung. Das Rundumangebot der Sozialindustrie hat eine Sogwirkung. Es drängen immer mehr Menschen in die Schweiz, welche das Angebot in Anspruch nehmen. Die Mehrheit der Ausländer und Secondos, die sich in der Schweiz aufhalten, sind anständige Personen, die einen Beitrag an die Gesellschaft leisten. Es geht um folgendes Problem: Wenn ein Angebot geschaffen wird, wird das Angebot angenommen. Deutschkurse mit Kinderbetreuung führen dazu, dass mehr Leute in die Schweiz drängen.*

Felix Moser (Grüne): *Das Angebot ist für die Integration sehr wichtig. Die jungen Eltern lernen besser Deutsch und sie können sich dadurch besser mit Lehrpersonen unterhalten und mit ihren Kindern auch Deutsch sprechen. Ich glaube nicht, dass jemand wegen dieser Kurse in die Schweiz kommt.*

S. 351	55 5500 3650 0530	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge an Deutschkurse mit Kinderbetreuung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
258.	Antrag Stadtrat				936 000	Mehrheit
			100 000		836 000	Minderheit
		Begründung:	Attraktivität für schlecht gebildete Ausländer muss reduziert werden, Kursteilnehmer sollen höhere Beiträge zahlen			
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Martin Bürliemann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 259.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Walter Angst (AL): Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass der Stadtrat auf die alte Etappierung in diesem Bereich zurückgehen sollte. Es gibt hier noch immer nicht genügend Plätze.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Wir haben einen Volksauftrag. Wir müssen ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuung schaffen. Es hat sich einiges getan, aber wir haben nicht genügend Plätze. Wir haben jetzt 600 Personen in der Warteliste. Wenn dem Antrag der Minderheit 1 zugestimmt wird, dann wird ein bedarfsgerechtes Angebot geschaffen. Es wird keine Warteliste, vor allem im Bereich der subventionierten Kinderbetreuungsplätze, mehr geben. Wenn man daran denkt, dass jeder investierte Franken drei bis vier Franken netto generiert, muss diesem Antrag zugestimmt werden.

Roberto Bertozzi (SVP): Aufgrund des Defizits der Stadt sind wir der Ansicht, dass in diesem Bereich Kosten reduziert werden müssen. Wir beantragen die Reduktion des Betrags um 400 000 Franken.

Dr. Urs Egger (FDP): Das Volk hat gesagt, dass Kinderbetreuung notwendig ist. Wir hatten uns damals ein anderes Finanzierungsmodell vorgestellt. Wären wir diesem Finanzierungsmodell gefolgt, würden die Kosten jetzt nicht auf diese Weise explodieren.

27 / 64

Der Stadtrat hat dies erkannt und bremst den Ausbau ein wenig. Dies ist sinnvoll. Das Volk hat nicht gesagt, in welcher Geschwindigkeit der Ausbau erfolgen muss. In unserem Antrag geht es um etwas Anderes. In diesem Konto sind diverse Elemente untergebracht. Wir beantragen die Kürzung von Vorbereitungen für den Kindergarten. Es ist fraglich, ob die Eltern oder die Kinder die Zielgruppe darstellen. Dies ist unnötig.

Weitere Wortmeldungen:

Rebekka Wylér (SP): *Wir haben Sympathien für die Vorschläge der AL und der Grünen. Wir wechseln aber zum Antrag des Stadtrats, da wir wegen den Mehrheitsverhältnissen kein Risiko eingehen wollen.*

Shaibal Roy (GLP): *Wir sehen ebenfalls die komplexen Mehrheitsverhältnisse und wechseln zur Position des Stadtrats.*

Karin Weyermann (CVP): *Wir wechseln auch zur Position des Stadtrats. Ich möchte jedoch einen Fall aus meinem beruflichen Umfeld schildern. Ein Kind kam im Sommer in den Kindergarten. Nun wird diskutiert, ob es aus dem Kindergarten zurückgestellt werden muss. Dieses Kind kann nicht gut Deutsch und liegt in der Entwicklung etwas zurück. Eine Rückstellung um ein Jahr ist vermutlich sinnvoll. Hätte man die Eltern früher darauf aufmerksam gemacht, dass es Förderungsmöglichkeiten gibt, hätte das Kind den Kindergarten ohne Rückstellung absolvieren können. Das Kind stammt aus einem fremdsprachigen Haushalt und hat Defizite in der Entwicklung. Der Stadtrat will die in einzelnen Projektschulkreisen getestete Frühförderung auf alle Schulkreise ausdehnen. Es geht darum, die Kinder früh abzuholen und Kinder mit Defiziten optimal zu unterstützen. Dies spart sonderpädagogische Massnahmen im Kindergarten und in der Schule ein.*

Roger Tognella (FDP): *Dieses Thema wird jährlich verhandelt. Es wird immer wieder gesagt, dass in diesem Bereich mehr getan werden müsse. Wenn man durch die Stadt fährt, sieht man einzelne Kindertagesstätten mit freien Plätzen. Es sind somit freie Plätze vorhanden. Möglicherweise liegt es daran, dass die Eltern den Platz unmittelbar am Wohnort wollen. Dies ist bequem, man muss jedoch auch Kompromisse eingehen können. Ich bin überzeugt, dass es Plätze gibt. Der von den Grünen geforderte Ausbau ist übertrieben und unnötig. Genauso unnötig ist der Antrag der Mehrheit.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Es geht um zwei miteinander verknüpfte Themen. Einerseits geht es um die Frühförderung. Es geht in diesem Bereich um eine Investition in die Zukunft. Diese Investition soll langfristig Kosten einsparen und Perspektiven für Kinder schaffen, die für den Kindergarten und die Schule ohne diese Angebote nicht gut vorbereitet wären. Andererseits geht es um das Krippenangebot der Stadt. Wir können sagen, dass wir uns auf gutem Weg befinden. Heute findet man in der Stadt einen Krippenplatz. Verbesserungsbedarf besteht jedoch bei den subventionierten Krippenplätzen. Der Stadtrat wird in nächster Zeit aufzeigen, wie diese Lücke geschlossen werden soll. Wir haben*

diese Diskussion bereits ansatzweise geführt, kommen jedoch gerne mit unseren Vorschlägen auf Sie zu.

S. 351	55 5500 3650 0660	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Betreuungsbeiträge für Eltern mit Kindern in vorschulischen Kindertagesstätten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
259.	Antrag Stadtrat			3 000 000	66 940 300 69 940 300	Minderheit 1 Felix Moser (Grüne) Referent
				600 000	67 540 300	Mehrheit Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
			20 400 000		46 540 300	Minderheit 2 Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
			400 000		66 540 300	Minderheit 3 Shaibal Roy (GLP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	Grüne: Schnellerer Ausbau der Frühförderung und der ausserfamiliären Kinderbetreuung; AL: Rückkehr zu früherem Ausbauniveau; SVP: Soziales und finanzielles Defizit zurückfahren; GLP: Kein weiterer Ausbau für «Frühe Förderung», Status-Quo halten			

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Mehrheit und der Minderheit 1:

Antrag Stadtrat	(66 940 300)	59 Stimmen
Antrag Mehrheit	(67 540 300)	9 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(69 940 300)	14 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(46 540 300)	22 Stimmen
Antrag Minderheit 3	(66 540 300)	<u>21 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Mehrheit ausgeschieden.

29 / 64

2. Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 1:

Antrag Stadtrat (66 940 300) 82 Stimmen

Damit ist dem Antrag des Stadtrats mit 82 Stimmen zugestimmt.

Antrag 260.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): Die SVP schlägt eine Kürzung um ein Drittel vor. Wir lancieren keine neue Kulturdebatte. Es geht um Zahlen. In schwierigen Zeiten müssen auch die soziokulturellen Institutionen sparen, die Angebote reduzieren und vereinfachen. Allenfalls muss man Teilnehmerbeiträge verlangen oder erhöhen. Es kann nicht immer alles gratis oder sehr günstig sein. Die Bevölkerung kann auch mit Angeboten überfordert werden.

Felix Moser (Grüne): Bei diesem Beitrag geht es um den Beitrag an die Gemeinschaftszentren. Die Mehrheit findet dieses Angebot wichtig. Eine Kürzung um ein Drittel wäre sehr einschneidend. Es müssten Angebote und Leistungen gestrichen werden.

S. 351	55 5500 3650 0900	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge an soziokulturelle Institutionen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
260.	Antrag Stadtrat				17 948 100	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			6 000 000		11 948 100	Minderheit Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Unterstützung der Angebote um ein Drittel reduzieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 261.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roberto Bertozzi (SVP): Es geht um Beiträge an den Verein Fanarbeit Zürich. Aufgrund der angespannten finanziellen Lage ist eine Streichung notwendig. Die Fanarbeit betrachten wir als ehrenamtliche Aufgabe. Geeignete Fans sollten aus diesen Gruppierungen herausgenommen und von den Sozialarbeitern gefördert und geschult werden. Bei der jetzigen Fanarbeit sind Akademiker beteiligt, die auch Akademikerlöhne beziehen. Es geht darum, den Einsatz zu optimieren. Aktuell gibt es drei Stellen mit 180 Stellenprozenten. Es ist Aufgabe der Sozialarbeiter die entsprechenden Fans gut zu schulen und Supervisionsarbeit zu leisten.

Marcel Bührig (Grüne): Hinter diesem Beitrag steht eine Weisung, die vor knapp zwei-einhalb Jahren vom Gemeinderat verabschiedet wurde. Einsparungen sind nicht möglich. Fanarbeit ist wichtig, sorgt für Gewaltprävention und wirkt positiv auf die Sicherheit im Stadion.

S. 351	55 5500 3650 0950	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Verein Fanarbeit Zürich				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
261.	Antrag Stadtrat				100 000	Mehrheit
			100 000		0	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Diese Tätigkeit soll ehrenamtlich ausgeführt werden			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 262.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): Es geht um Beiträge für die AOZ für Asylfürsorge und wirtschaftliche Hilfe. Die falschen Anreize haben eine Sogwirkung. Auch hier führt die verfehlte Politik auf Bundesebene dazu, dass das Budget der Stadt schlechter ausfällt, als

es könnte. Im Übrigen ist es nicht so, dass nur die SVP sagt, dass falsche Anreize Migrationsströme auslösen. Auch der linksliberale Entwicklungsökonom Paul Collier sagt dies. Selbst die SP hält ihn für eine Referenz und sagt, dass über seine Erkenntnisse gesprochen werden muss. Er sagt, dass die falschen Anreize des Sozialstaats die Migrationsströme auslösen. Die Gemeinden müssen das Chaos ausbaden. Im Jahr 2014 hatten wir über 50 % Weggewiesene, der Vollzug wurde jedoch nicht durchgesetzt, weil beispielsweise nach Eritrea niemand zurückgeschickt werde. Der Umstand, dass tausende Eritreer in der Schweiz Asyl beantragen, macht selbst der grünen Susanne Hochuli Angst. Wir wollen ein Zeichen setzen, dass das Chaos, das in Bern angerichtet wird, von den Gemeinden nicht ausgebadet werden muss.

Marcel Bührig (Grüne): Die Mehrheit sieht dies diametral anders. Auch bei diesen Beiträgen ist die Stadt durch übergeordnetes Recht dazu verpflichtet. Diese Anträge sollten beim Kanton oder auf Bundesebene gestellt werden.

S. 351	55 5500 3660 0350	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge AOZ: Asylfürsorge und Wirtschaftliche Hilfe				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
262.	Antrag Stadtrat				10 851 000 1 602 000 N	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			5 400 000		7 053 000	Minderheit Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Bis zu 50 % Weggewiesene, Vollzug konsequent durchsetzen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 263.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): In diesem Konto geht es um die Vergütung an die IMMO für Raumkosten. Wir schlagen eine Kürzung um ein Drittel vor. Wie im Antrag 260 bereits ausführlich begründet wurde, sollen weniger soziokulturelle Anlässe durchgeführt werden. Es soll ein Eintrittsbeitrag bei diesen Anlässen erhoben werden.

Felix Moser (Grüne): Es geht um die Mieten für Gemeinschaftszentren. Man kann nicht

33 / 64

S. 353	55 5510 3010 0000	SOZIALDEPARTEMENT Support Sozialdepartement Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
264.	Antrag Stadtrat				12 910 900	Mehrheit
			1 200 000		11 710 900	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Zu viel Personal, über Fluktuation abfangen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen zu.

Antrag 265.

Wortmeldungen siehe Antrag 264.

S. 353	55 5510 3092 0000	SOZIALDEPARTEMENT Support Sozialdepartement Personalwerbung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
265.	Antrag Stadtrat				150 000	Mehrheit
			100 000		50 000	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Weniger Personal (über Fluktuation abgefangen) heisst auch weniger Personalwerbung

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 39 Stimmen zu.

34 / 64

Antrag 266.

S. 354 55
5510
3170 0000

SOZIALDEPARTEMENT
Support Sozialdepartement
Reise- und Spesenentschädigungen des Personals

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
266. Antrag Stadtrat			29 200 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
	6 000		23 200 Mehrheit	Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Berufliche Reisetätigkeit eindämmen

Roger Liebi (SVP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 267.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Leistungen sollten intern bezogen oder weggelassen werden.

Felix Moser (Grüne): Eine Kürzung ist nicht sinnvoll.

Weitere Wortmeldung:

Karin Weyermann (CVP): Bei diesem und beim nächsten Antrag wechseln wir zur Minderheit, da die Tabellenanträge nicht mehrheitsfähig waren.



35 / 64

S. 354	55 5510 3180 0000	SOZIALDEPARTEMENT Support Sozialdepartement Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
267.	Antrag Stadtrat				114 100	Mehrheit
			22 800		91 300	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Leistungen intern beziehen oder weglassen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 268.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Auch hier sollten Leistungen intern bezogen oder weggelassen werden.

Felix Moser (Grüne): Die Mehrheit der RPK findet auch diese Kürzung nicht sinnvoll.

S. 354	55 5510 3186 0000	SOZIALDEPARTEMENT Support Sozialdepartement Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
268.	Antrag Stadtrat				26 900	Mehrheit
			6 000		20 900	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)

36 / 64

Begründung: Leistungen intern beziehen oder weglassen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 269.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Auch hier gelten dieselben Argumente.

Felix Moser (Grüne): Auch hier finden wir die Kürzung nicht sinnvoll. Es geht um alle IT-Projekte, die im Sozialdepartement gebraucht und weiterentwickelt werden.

S. 354	55 5510 3189 0000	SOZIALDEPARTEMENT Support Sozialdepartement Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
269.	Antrag Stadtrat				1 470 000	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			150 000		1 320 000	Minderheit Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Leistungen intern beziehen oder weglassen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 270.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Auch hier gelten dieselben Argumente wie beim Tabellenantrag.

Felix Moser (Grüne): Die Löhne sind seit 2014 aufgrund der Umsetzung der Lohnmassnahmen und dem Anstieg der Kinderzulagen gestiegen.



37 / 64

S. 355	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV				
	3010 0000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
270.	Antrag Stadtrat				11 532 100	Mehrheit
			509 400		11 022 700	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Plafonierung auf Rechnung 2014, da Betrag stetig ansteigt

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 56 Stimmen zu.

Antrag 271.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Wir fordern eine Senkung auf den Stand des Budgets 2013. Es gab in diesem Bereich einen überproportionalen Anstieg. Diese Kürzung ist möglich.

Felix Moser (Grüne): Der überproportionale Anstieg ist in erster Linie auf die Ablösung einer 25 Jahre alten Software zurückzuführen. Es ist berechtigt, diese Software zu ersetzen.

S. 356	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV				
	3189 0000	Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
271.	Antrag Stadtrat				4 454 000	Mehrheit
			322 100		4 131 900	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

38 / 64

Begründung: Senkung auf Niveau Budget 2015, da überproportionaler Anstieg in den letzten Jahren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 272.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Ich verweise auf die Argumente, die beim Tabellenantrag vorgebracht wurden. Beim Personal gibt es Optimierungspotential.

Felix Moser (Grüne): Das Laufbahnzentrum unterstützt Menschen und hilft ihnen bei der Berufswahl. Wir bitten Sie, hier nicht zu kürzen.

S. 358	55 5520 3010 0000	SOZIALDEPARTEMENT Laufbahnzentrum Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
272.	Antrag Stadtrat				10 600 900	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			1 060 100		9 540 800	Minderheit Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Amt personell überdotiert

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 273.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Es braucht weniger externe Gutachten und Beratungen.

Felix Moser (Grüne): Vor einigen Wochen haben wir bei den Zusatzkrediten darüber diskutiert. Die Gutachten und Beratungen sind gesetzlich vorgeschrieben. Es ist nicht

ganz klar, was Martin Bürlimann (SVP) mit den Beratungen meint. Wenn die unentgeltliche Rechtsberatung gemeint ist, dann ist diese notwendig.

S. 362	55 5530 3180 0000	SOZIALDEPARTEMENT Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
273.	Antrag Stadtrat				2 300 000	Mehrheit
			590 000		1 710 000	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Weniger externe Gutachten / Beratungen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 274.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): *Wir wollen auf den Stand der Rechnung 2013 zurückkehren.*

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): *Wir sind auch hier anderer Meinung. Pro Mitarbeitenden haben wir etwa 120 zu betreuende Personen oder Familien. Praktisch haben die Mitarbeitenden keine Zeit für die einzelnen Klientinnen und Klienten. Man könnte Kosten sparen, wenn man den Leuten nicht nur bei der finanziellen Situation Unterstützung bieten würde. Die Klienten und Klientinnen sollten auch in anderen Bereichen, in denen sie Probleme haben, unterstützt werden. Deshalb beantragen wir, 2 Millionen Franken mehr zu sprechen und dadurch etwa 10 Stellen zu schaffen.*

Rebekka Wyler (SP): *Katharina Prelicz-Huber (Grüne) hat Recht. Es gibt zu wenig Personal, es steht unter Druck, wird teilweise bedroht und hat zu wenig Zeit. Nichtsdestotrotz folgt die SP dem Antrag des Stadtrats. Es ist eine Frage komplexer Mehrheitsverhältnisse.*

Weitere Wortmeldung:

Roberto Bertozzi (SVP): *In diesem Bereich wollte ich ergänzen, dass bei den sozialen*

40 / 64

Diensten zu viel Personal beschäftigt wird. Deshalb möchten wir auf den Stand der Rechnung 2013 zurückkehren.

S. 364	55 5550 3010 0000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Dienste Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
274.	Antrag Stadtrat				70 734 000	Mehrheit
				100 000	70 834 000	Minderheit 1
		2 100 000			68 634 000	Minderheit 2
				2 000 000	72 734 000	Minderheit 3
						Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) Felix Moser (Grüne) Referent
			Begründung: AL: Aufbau Wohnintegration; SVP: Retour auf Rechnung 2013 (68,6 Mio. Fr.); Grüne: Mehr Personal in den Sozialzentren, um persönliche Beratungen leisten und nicht nur Geld auszahlen zu können (spart letztlich Geld für Auszahlungen)			

Walter Angst (AL) zieht namens der AL-Fraktion den Antrag der Minderheit 1 zurück.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 3:

Antrag Mehrheit/Stadtrat	(70 734 000)	68 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(68 634 000)	43 Stimmen
Antrag Minderheit 3	(72 734 000)	<u>14 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 275.



41 / 64

S. 365	55	SOZIALDEPARTEMENT			
	5550	Soziale Dienste			
	3141 0000	Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
275.	Antrag Stadtrat			80 000	Mehrheit
			80 000	0	Minderheit
					Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
					Begründung: Kostenwahrheit auch bei langjährigen Mietern

Martin Bürlimann (SVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 276.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Ezgi Akyol (AL): *Der Stadtrat entschied, das Obligatorium der Arbeitsintegrationsprogramme von 60 auf 55 Jahre zu senken. Wir begrüßen diese Senkung der Altersgrenze, fänden aber eine Senkung auf 50 Jahre sinnvoller. Die AL hat den Zwangscharakter dieser Massnahmen auf dem zweiten Arbeitsmarkt immer wieder kritisiert. Die langfristige Wirkung auf die Reintegration ist umstritten. Wir finden das Angebot solcher Programme sehr gut, sind jedoch der Ansicht, dass die Teilnahme auf Freiwilligkeit basieren sollte. Es ist nicht sinnvoll 55-jährige in solche Programme zu zwingen. Die Senkung der Alterslimite dient den Sozialhilfebeziehenden und die Stadt kann 800 000 Franken einsparen.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Wir sind der Ansicht, dass die Alterslimite bei 55 Jahren belassen werden sollte.*

Weitere Wortmeldungen:

Rebekka Wyler (SP): *Die SP hat diese Frage kontrovers diskutiert. Wir begrüßen die Senkung auf 55 Jahre. Diese Diskussion muss aber breiter angegangen werden. Es gibt auch andere Kriterien aufgrund derer entschieden werden muss, ob jemand in ein sol-*

42 / 64

ches Programm gezwungen werden sollte. Eine inhaltliche Diskussion sollte jedoch nicht über das Budget geführt werden. Wir schliessen uns der Position des Stadtrats an.

Karin Weyermann (CVP): Wir schliessen uns dem Antrag des Stadtrats an. Es ist in der Wirtschaft nicht einfach, eine Stelle zu finden, wenn man älter ist. Die Massnahmen haben die Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt zum Ziel. Eine weitere Senkung des Alters auf 50 Jahre finden wir nicht zielführend.

Roberto Bertozzi (SVP): Wir sind der Ansicht, dass die Alterslimite nicht von 55 Jahren auf 50 gekürzt werden soll. Stattdessen soll das Obligatorium bei 55 Jahren bestehen bleiben. Aus unserer Sicht besteht kein Grund, dass Sozialhilfeempfänger, die älter als 50 Jahre alt sind, nicht an Arbeitsintegrationsprogrammen teilnehmen müssen. Im Gegenteil, unserer Meinung nach soll das Obligatorium für alle Sozialhilfebezüger unabhängig vom Alter gelten. Es soll nur in wenigen, begründeten Fällen von diesem Obligatorium abgewichen werden.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Die Grünen werden dem Antrag der Minderheit zustimmen. Es geht um das Obligatorium. Eine freiwillige Teilnahme soll auch bei älteren Personen möglich sein.

S. 365 55 SOZIALDEPARTEMENT
5550 Soziale Dienste
3660 0000 Beiträge an Private

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
276.	Antrag Stadtrat			317 075 000	Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		800 000		316 275 000	Minderheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Shaibal Roy (GLP)
					Enthaltung	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		Begründung: Senkung der Alterslimite für das Obligatorium der Arbeitsintegration von 55 auf 50 Jahre				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 37 Stimmen zu.

Antrag 277.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Auch hier sind Optimierungen möglich. Die Argumente wur-

43 / 64

den beim Tabellenantrag genannt.

Walter Angst (AL): Nachdem letzte Woche gesagt wurde, dass wir für die Angestellten der sip eine Rechtsgrundlage bekommen, wollten wir diesen Antrag zurückziehen. Nachdem wir diese Rechtsgrundlage vorgestern jedoch studierten, kamen wir zum Schluss, dass durch diese Rechtsgrundlage der sip alles untergeordnet werden kann. Wir müssen hier reduzieren. Wir fordern die Reduktion der sip um zwei Angestellte.

Rebekka Wyler (SP): Wir werden dies anhand der Weisung diskutieren.

Weitere Wortmeldung:

Roberto Bertozzi (SVP): Aus unserer Sicht gibt es bei den sozialen Diensten zu viel Personal. Wir sehen bei der sip Optimierungspotential. In diesem Zusammenhang haben wir den Auftrag der sip auf dem Juch-Areal im Blick. Dort stellt sich allgemein die Frage, ob die sip für diese Aufgaben überhaupt qualifiziert ist. Wie aus Polizeikreisen zu vernehmen ist, haben in letzter Zeit sip-Angestellte den Auftrag vermehrt nicht mehr ausgeübt. Es mussten Interventionen durchgeführt werden. Offenbar müssen nachts weibliche sip-Angestellte den Dienst alleine ausüben. Diese schliessen sich aus Angst in den Polizeidienststräumen ein und bieten die Polizei auf. Deshalb fordern wir eine Reduktion der Personalkosten um 1 Million Franken.

S. 368	55 5560 3010 0000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Einrichtungen und Betriebe Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
277.	Antrag Stadtrat				47 244 500	Mehrheit
			1 000 000		46 244 500	Minderheit 1
			200 000		47 044 500	Minderheit 2
						Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürliemann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Felix Moser (Grüne)

Begründung: SVP: Weitere Optimierungen möglich; AL: Stellenplan SIP reduzieren

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit/Stadtrat	(47 244 500)	59 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(46 244 500)	43 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(47 044 500)	<u>23 Stimmen</u>

44 / 64

Total 125 Stimmen
= absolutes Mehr 63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 42 Stimmen zu.

Antrag 278.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Wir halten diesen Antrag aufrecht. Die Details zur Begründung werden von Peter Schick (SVP) dargelegt.

Felix Moser (Grüne): Die Fahrzeuge, die ersetzt werden sollen, haben alle mehr als 100 000 Kilometer.

Weitere Wortmeldung:

Peter Schick (SVP): Es geht um Anschaffungen für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge. Fünf Fahrzeuge sind budgetiert, wir wollen zwei Fahrzeuge streichen. Bei Haushaltgeräten wollen wir das Budget um 40 000 Franken reduzieren, den Betrag für Kleingeräte und Werkzeuge wollen wir halbieren. Die sozialen Einrichtungen und Betriebe können ihren Betrieb aufrechterhalten. Die Fahrzeuge können für weitere 50 000 Kilometer eingesetzt werden.

S. 369	55 5560 3111 0000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Einrichtungen und Betriebe Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
278.	Antrag Stadtrat				334 300 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			149 600		184 700 Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Reduktion Fahrzeuge auf 3, Halbierung: Haushaltsgeräte, Kleingeräte und Werkzeuge

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen zu.

Antrag 279.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): *Es geht um Lebensmittel. Leider gibt es bei diesem Konto einen überproportionalen Warenaufwand gegenüber dem Ertragskonto. Der Aufwand sollte sich bei stabilen Warenkäufen in einem besseren Verhältnis zum Verkauf verhalten. Wir wollen keine schleichende Erhöhung. Wir akzeptieren, dass kein marktüblicher Benchmark für Warenkosten angestrebt wird. Trotzdem sollte auf die Wirtschaftlichkeit beim Handeln geachtet werden.*

Felix Moser (Grüne): *Grundsätzlich ist klar, warum sich das Verhältnis von Einkäufen und dem Verkauf ändert. Dies geht auch aus den Antworten hervor. Der Brahmshof schliesst, die Schipfe ist neu an sieben Tagen pro Woche geöffnet. Im Brahmshof gab es viel Catering, das eine bessere Marge aufweist. In der Schipfe gibt es das Catering nicht mehr.*

S. 369	55 5560 3135 0000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Einrichtungen und Betriebe Lebensmittel				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
279.	Antrag Stadtrat				2 637 600	Minderheit
			134 000		2 503 600	Mehrheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Shaibal Roy (GLP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Kürzung um 3 % im Verhältnis der Verkäufe, Plafonierung der Warenkosten auf Rechnung 2014

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 28 Stimmen zu.

Antrag 280.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Die Minderheit möchte auf die Senkung der Integrationszulage bei den Jobkartenbetrieben verzichten. Es ist ein trauriges Signal des Kantons, dass bei der bescheidenen Sozialhilfe gekürzt wurde und auch der Einkommensfreibetrag gekürzt wurde. Die Stadt sagt, sie müsse dies nachvollziehen und deshalb die Integrationszulage bei den Jobkartenbetrieben kürzen. Die Senkung ist aber zynisch. Sie wird damit begründet, dass Tieflohne bestünden und deshalb bei der Sozialhilfe gekürzt werden müsse. Eigentlich müsste der Kanton dafür kämpfen, dass es existenzsichernde Löhne gibt. Wir können dies beim Kanton nicht ändern. Die Stadt kann aber ein Zeichen setzen und sagen, dass die Kürzung bei den Jobkartenbetrieben nicht erwünscht ist. Gemäss Sozialhilfegesetz muss die Sozialhilfe mehr sein als ein Beitrag zum blossen Überleben. Die Integrationszulage ist eine bescheidene Möglichkeit am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

Christian Traber (CVP): Es ist eine Tatsache, dass der Kanton den Einkommensfreibetrag gesenkt hat. Wenn wir nicht wollen, dass Geringverdienende und Leute, die in Programmen sind und mehr als 50 Prozent arbeiten, benachteiligt werden, müssen die Integrationszulagen gesenkt werden. Diese Ungleichbehandlung ist nicht erwünscht, da wir andernfalls keinen Anreiz für die Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt haben.

Weitere Wortmeldungen:

Alan David Sangines (SP): Die SP enthielt sich in der RPK. Wir haben dies in der Fraktion ausführlich diskutiert und kamen zum Entschluss, dass das Projekt so wichtig ist, dass wir uns der Minderheit anschliessen. Ich verstehe die Argumentation von Christian Traber (CVP) nur begrenzt. Beispielsweise wurde einer Verkäuferin bei der Migros der Einkommensfreibetrag gekürzt. Menschen, die in den Jobkartenbetrieben arbeiten, dürfen nicht gleich viel verdienen wie diese Migros-Verkäuferin. Ich verstehe nicht, warum man sich nach unten angleichen muss. Bei den Jobkartenbetrieben arbeiten Menschen, die nicht mehr im ersten Arbeitsmarkt tätig sein können. Bei diesen Menschen wird gesagt, dass es ihnen schlechter gehen muss als einer Migros-Verkäuferin. Die FDP sagt, Leistung müsse sich lohnen. Die Menschen erbringen eine Leistung und bekamen bislang 6 Franken pro Stunde als zusätzliche Leistung. Wir wollen, dass diese Menschen für bestimmte Tätigkeiten weiterhin gebraucht werden. Wenn jemand fünf Stunden pro Tag Holz hackt, dann ist dies eine anstrengende Arbeit. Wenn diesen Menschen das Geld weiter gekürzt wird, verstehe ich dies nicht. Es widerspricht dem Gedanken, den Menschen eine sinnvolle Tagesstruktur bieten zu wollen. Die Menschen können sich damit etwas dazuverdienen. Zwei Drittel der Klientinnen und Klienten bekommen dieses Geld nicht, da es sich um eine Zulage für eine besondere Leistung handelt. Ein Drittel bemüht sich also, etwas Besonderes zu leisten. Es ist nicht sinnvoll in diesem Bereich zu sparen.

Dr. Urs Egger (FDP): Nach diesen Ausführungen möchte ich zum Prinzip der FDP et-

was sagen. Es wurde gesagt, dass sich diese Menschen bemühen, etwas zu leisten. Wir müssen uns jedoch die andere Seite anschauen. Ich führe das Beispiel der Migros-Verkäuferin nicht als Benchmark ein. Viele Menschen bemühen sich, nicht in die staatliche Maschinerie zu geraten. Diese Menschen würden wir bestrafen. Auf diese Weise müssen wir das Prinzip der FDP sehen.

S. 370	55 5560 3760 0000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Einrichtungen und Betriebe Durchlaufende Beiträge an Private				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
280.	Antrag Stadtrat			189 400	424 600 614 000	Mehrheit Minderheit Enthaltung
						Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP) Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL) Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
			Begründung: Keine Senkung der Integrationszulagen bei Jobkartenbetrieben			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

1493. 2015/294

Weisung vom 09.09.2015:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2016 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetanträge

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Das Budget der Laufenden Rechnung (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget) und der Investitionsrechnung für das Jahr 2016 wird genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, in Höhe von Fr. 11 097 300.– nach erfolgter Lohnrunde 2016 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.

3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
4. Der Globalbudgetantrag, GR Nr. 2014/404, von Andreas Kirstein (AL) vom 10. Dezember 2014 betreffend Globalbudget Alterszentren, Einführung neuer Steuerungsvorgaben zu den Kostendeckungsgraden, wird als erledigt abgeschrieben.
5. Der dringliche Globalbudgetantrag, GR Nr. 2015/77, von Matthias Probst (Grüne), Helen Glaser (SP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 18. März 2015 betreffend Globalbudget Grün Stadt Zürich, Einführung von Steuerungsgrössen, welche die Menge und die Qualität der ökologisch wertvollen Flächen beschreiben, wird als erfüllt abgeschrieben.
6. Der Globalbudgetantrag, GR Nr. 2014/380, von Andreas Kirstein (AL) vom 26. November 2014 betreffend Globalbudget ewz, Einführung einer neuen Steuerungsvorgabe «Anzahl angeschlossene Haushalte», wird als erfüllt abgeschrieben.
7. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2016 wird genehmigt.
8. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2016 wird zur Kenntnis genommen.
9. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2016 wird zur Kenntnis genommen.
10. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen für das Jahr 2016 wird zur Kenntnis genommen.
11. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2016 mit zwei Produktgruppen wird zur Kenntnis genommen.

Kommissionsreferentin Änderungsantrag Dispositivziffer 1:

Rebekka Wyler (SP): *Letztes Jahr wurden die beiden Punkte zusammengelegt, dieses Jahr werden sie auseinandergenommen. Wir beantragen, einerseits über das Budget der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung und andererseits über das Globalbudget der Produktegruppe separat abzustimmen.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. a Das Budget der Laufenden Rechnung (~~Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget~~) und der Investitionsrechnung für das Jahr 2016 wird genehmigt.
- b ~~Das Budget der Laufenden Rechnung (Detailbudget und Die Produktegruppen-Globalbudgets) und der Investitionsrechnung~~ für das Jahr 2016 werden genehmigt.

49 / 64

Zustimmung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffern 1. a–1. b:

Roger Liebi (SVP): *Wir haben am Anfang bereits gesagt, in welche Richtung sich das Budget entwickeln soll. Wir sehen in der Stadt ein Problem, wir haben ein systemisches Defizit. Ich möchte vorausschicken, dass ich erfreut bin über die konstruktive Zusammenarbeit zwischen den bürgerlichen Parteien. Wir haben uns intensiv miteinander auseinandergesetzt. Wir hatten gemeinsam das Ziel, für die Zukunft der Stadt zu arbeiten. Dies ist weitgehend gelungen. Wir haben einige Kompromisse erzielt. Leider entschieden teilweise auch Zufälligkeiten. Es handelt sich um einen demokratischen Prozess, dies ist zu akzeptieren. Im Gemeinderat gibt es zwei Blöcke, die zusammenhalten. Ein Teil der Einsparungen hat nur einen Placebo-Effekt. Ich weiss, wieso man auf die Einsparungen von 10 Millionen Franken gekommen ist und warum nicht klar gesagt wurde, was eingespart werden soll. Unter dem Konto 1060 30100800 wurden im Jahr 2013 20 Millionen Franken eingestellt, im Jahr 2014 14 Millionen und für das Jahr 2016 war nichts eingestellt. Es ist klar, dass der Stadtrat mit den 10 Millionen leben kann. Dieser Antrag hatte also keine Wirkung, er war auch so formuliert, dass er keine Wirkung haben konnte. Er ist unökonomisch und nicht zielgerichtet. Wir liegen bei schätzungsweise 32 Millionen Franken an Einsparungen. Wenn wir die 22 Millionen vom Budget einsparen, haben wir ein Plus in der Höhe von 10 Millionen Franken. Wir schreiben also eine schwarze Null, jedoch ist diese schwarze Null für die kommenden Jahre nicht substantiell. Dies ist ausserordentlich bedauerlich. Wir wollten für die kommenden Jahre gute Voraussetzungen schaffen. In der Wirtschaft warten grossen Herausforderungen auf uns. Die Konjunkturstudien zeigen in die falsche Richtung. Es gibt rezessive Entwicklungen, die Arbeitslosenzahlen sind gestiegen. Es gibt immer mehr Ausgesteuerte. Es ist mir ein Rätsel, wie die Stadt dies bewältigen will, wenn sie nichts tut. Wir stehen vor grossen Herausforderungen. Im Bericht der RPK haben wir gesagt, dass der Stadtrat aufgefordert wird, Beschlüsse des Gemeinderats ernstzunehmen und umzusetzen. Wir haben jedoch von den Stadträten Leupi und Lauber gehört, dass wir die Anträge überweisen könnten, sie würden sowieso nicht umgesetzt. Dies ist eine falsche Reaktion des Stadtrats. Bei allen grösseren Kürzungen bekam man den Eindruck, die Stadt breche durch diese Kürzung zusammen. Ich bitte um ein staatsmännischeres Auftreten. Im Organisationswesen und innerhalb der Organisationsstrukturen kann auch im gesetzlichen Rahmen einiges verbessert und optimiert werden. Wir sind weit davon entfernt, dieses systemische Defizit in den Griff zu bekommen. Deshalb beantragen wir die Ablehnung des Budgets.*

Walter Angst (AL): *Ich spreche für die Annahme des Budgets. Wir tun dies nicht, weil wir als AL der Ansicht sind, dass dieses Budget das optimalste Budget ist. Wir haben an vielen Orten andere Vorstellungen als der Stadt- und Gemeinderat. Wir stimmen diesem*

Budget zu, weil wir es nicht tragbar finden, als Stadt für Infrastruktur und Löhne zu zahlen und nicht arbeiten zu können. Ich konnte nicht nachvollziehen, warum die Blöcke so gelobt wurden. Die Realität sieht anders aus. Es wurde querbeet abgestimmt. Vielleicht war mit dem Bürgerblock lediglich die Annäherung der FDP an die SVP gemeint. Über die CVP wurde seitens der SVP hergezogen. Die geschilderte Realität entspricht nicht der Wahrheit. Das Budget ist positiv, indem sich der Spielraum der Stadt verbesserte. Es ist positiv, wenn das Eigenkapital gestärkt werden konnte. Die Herausforderungen können mit einem besseren Polster angegangen werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine sozial ausgeglichene Politik betrieben wird. Man muss bei den verschiedenen Sparmassnahmen schauen, was sie bedeuten und auslösen. Wir konnten nicht verstehen, warum die freien Kredite erhöht werden, aber gleichzeitig die Aufgabenhilfe in der Schule gekürzt werden sollten. Es ist dringend notwendig, dass nicht auf Kosten von Leistungen, die für die Bevölkerung notwendig sind, gekürzt wird. Wir müssen schauen, dass die grossen gesellschaftspolitischen Projekte der Stadt erhalten bleiben. Wir dürfen nicht auf Kosten der sozialen Projekte Leuchtturmprojekte aufgleisen. Wir müssen mit vernünftigen Partnern vernünftige Lösungen finden.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Urs Egger (FDP): *Wir haben bei der Zusammenarbeit Fortschritte gemacht. Es gab auch Zufallsentscheide. Ich weiss nicht, ob das für das Ansehen des Parlaments gut ist. Es gab Abstimmungen, die aus technischen Gründen wiederholt werden mussten und bei denen sich die Mehrheit plötzlich anders gestaltete. Wir haben eine Patt-Situation in diesem Parlament. Das Volk will aber nicht, dass jeder dritte Entscheid ein Zufallsentscheid ist. Wir haben lange über einzelne Anträge diskutiert. Es besteht die Gefahr, dass man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht. Ich möchte auf die grösseren Linien zurückkommen, welche sich die FDP vorgenommen hat. Es ist bislang untergegangen, dass in die Laufende Rechnung 50 Millionen Franken aus der Schwankungsreserve fliessen. Wird dieses Vermögen in die Ausgaben gelegt, handelt es sich um Verschwendung von Vermögen. Wir waren der Ansicht, dass mindestens diese 50 Millionen Franken zum Eigenkapital kommen müssen. Dies ist nicht der Fall. Wir liegen derzeit zwischen 30 und 35 Millionen Franken. Zählt man davon die 22 Millionen Franken ab, kommen wir auf 10 bis 12 Millionen Franken. Das Ziel wurde also bei Weitem nicht erreicht. Ich möchte noch zu den 20 Millionen Franken bei den Lohnkosten reden. Wir haben einen Mechanismus definiert, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Dies wurde von Rot-Grün mitgetragen. Ich nehme zur Kenntnis, dass Rot-Grün bereit ist, die Lohnaufwendungen zu senken. Langfristig wird dies nicht reichen. Ich nehme dies mit in die zukünftige Diskussion. Wir wollen eine langfristige Politik. Dem Stadtrat ist klar, dass er entsprechende Schwerpunkte setzen muss, um das Budget auszugleichen. Es muss Eigenkapital aufgebaut werden. Unser Ziel ist eine Verbesserung des Budgets um 50 bis 100 Millionen. Wir müssen das Defizit von 22 Millionen reduzieren. Ausserdem wollen wir den Steuerfuss senken.*

Shaibal Roy (GLP): *Wir haben angekündigt, konsequent mit vernünftigen Vorschlägen das Budget zu verbessern. Wir wollen uns an dieser Stelle für die konstruktive und zielorientierte Zusammenarbeit bedanken. Wir haben einen wichtigen Beitrag zur Eliminie-*

rung des strukturellen Defizits geleistet. Für dieses Jahr ist das Eigenkapital geschützt. Wir bewegen uns auf etwas dickerem Eis. Wir haben die Zielvorgabe eines positiven Budgets erreicht. Wir fordern den Stadtrat auf, nächstes Jahr das Ziel selbst anzustreben und dem Gemeinderat ein positives Budget vorzulegen. Wir haben klar mitgeteilt, wo unsere Prioritäten liegen. Die Stellenschaffung sollte viel aktiver hinterfragt werden, ohne den notwendigen Stellenausbau in den Bereichen Schule und Pflege zu verhindern. Wir werden uns erlauben, die Umsetzung genau zu verfolgen. Mit den erreichten Zielen haben wir Voraussetzungen zum Schutz des Steuersatzes geschaffen. Wir haben eine Mehrheit für eine nachhaltige Finanzpolitik gefunden. Deshalb werden wir das Budget annehmen.

Rebekka Wyler (SP): Ich möchte die Zufallsergebnisse bei den Abstimmungen kommentieren. Mario Babini (parteilos) wurde hart angegangen. Ich finde, es belebt die Debatte, wenn hier etwas geschehen kann. Der Rat krankt daran, dass die Debatte in der Kommission geführt wird und hier im Rat nicht mehr viel passiert. Wenn hier jemand sitzt, den man auf seine Seite ziehen kann, bekommt die Debatte eine andere Qualität. Man überlegt sich, was die Waage auf die eigene Seite kippen lassen kann. Dies wertet eine Debatte auf. Roger Liebi (SVP) forderte, dass wir staatsmännisch sein sollten. Es verhält sich genau umgekehrt. Die SVP propagiert den Untergang des Abendlands. Die SVP sagt, die Stadt befinde sich in einer Art griechischer Vorhölle. Ich glaube, der Aufruf für mehr Staatsmännigkeit richtet sich in erster Linie an die rechte Seite.

Dr. Davy Graf (SP): Vor drei Tagen starteten wir mit einer gewissen Ungewissheit. Wir haben in der Fraktionserklärung klar gemacht, dass die Personalsituation für uns im Zentrum steht. Konkret geht es um die Nichtbesetzung der Fluktuationen. Fluktuationen sind zufällig. Entsprechend wäre auch die Umsetzung des Antrags willkürlich. Der Kollateralschaden für die Verwaltung wäre gross. Es hätten diverse Dienstabteilungen gelitten und dadurch wäre auch der Dienst an der Bevölkerung schlechter geworden. Es überrascht deshalb auch die Vehemenz des Antrags. In den meisten Dienstabteilungen besteht ein Einstellungsstopp. Wir haben gezielt in den Bereichen der Spitäler und Horte ein Stellenwachstum. Dort begrüssen wir dies. Die Anträge waren somit seltsam. Diese Bestrebungen sollten honoriert und nicht abgestraft werden. Das Budget ist die grösste Aufgabe des Gemeinderats. Wir haben kein Fangnetz. Die einzige Rettung wäre der Bezirksrat. Das wollen wir nicht. Die Unsicherheit am Anfang hatte zwei Seiten. Ein Teil des Gemeinderats hatte berechtigte Sorgen. Es gibt zwei Parteien, die in ihrer Masslosigkeit der Kürzungen kein Ende finden. Sogar ein positives Budget soll abgelehnt werden. Der Gemeinderat befindet sich in einer Pattsituation. Die Ablehnung ist erstaunlich und unbegründet. Es sollen keine Steuern auf Vorrat erhoben werden. Man will ein ausgewogenes Budget. Das Eigenkapital wird als entweder zu hoch oder zu tief betrachtet. Die Schwankungsreserve soll reingenommen werden. Ich habe von rechter Seite noch keine kohärente Saldo-, Eigenkapital- und Steuerfusspolitik vernommen. Entsprechend ist es zufällig, ob das Budget angenommen oder abgelehnt wird. Ich glaube, dass der Kompromissvorschlag von Mario Babini gut war. Der Antrag war sorgfältig begründet und sinnvoll. Die SP hat bei manchen Anträgen gewonnen, bei manchen verloren. Ich glaube, dass wir ins nächste und übernächste Jahr mit Zuversicht und Wachsamkeit gehen können.

Karin Weyermann (CVP): Auch die CVP hat beim bürgerlichen Ziel mitgemacht, etwa 80 Millionen Franken einsparen zu wollen, um den Sondereffekt aus der Flughafenaktie auch tatsächlich zu spüren. Wir haben bereits bei der Erarbeitung der Anträge das Budget detailliert geprüft. Wir haben eigene Anträge eingereicht. Wir sind so auch in die Diskussion mit den anderen bürgerlichen Parteien zu den Sparanträgen eingestiegen. Wir kamen auf rund 50 Millionen Franken. Wir haben schon damals unser Ziel nicht erreicht, fanden es jedoch einen guten Kompromiss. Für uns ist es wichtig, dass wir jetzt ein positives Budget haben, weil die Zukunft problematisch aussieht. Die Soziallasten werden steigen, die Steuereinnahmen werden sinken. Die finanzielle Situation der Stadt bleibt schwierig. Es wird schwierig sein, ein ausgeglichenes Budget zu erreichen. Wir konnten beim Budget feststellen, dass beim Stadtrat ein Sparwille vorhanden ist. Das Sozial- sowie das Schul- und Sportdepartement betrachten wir als besonders positiv. Dort wurde gespart, es wurden Leistungen reduziert. Einige ursprünglich reduzierte Leistungen wurden von der linken Seite wieder reingenommen. Wir können mit diesem positiven Budget leben. Wir finden es wichtig, dass der Steuerfuss konstant bleibt. Eine Reduktion ist nicht tragbar. Diverse Gemeinden im Kanton erhöhen den Steuerfuss. Wir sehen aber auch, dass eine Erhöhung ebensowenig zielführend ist. Dies würde der wirtschaftlichen Attraktivität der Stadt schaden.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die grosse Herausforderung ist nicht das Budget, das wir vom Stadtrat erhalten haben, sondern die Frage, wer die Budgetverantwortung übernimmt. Die Grünen haben sich in der RPK bei der Abstimmung enthalten. Insbesondere die problematischen Anträge zum Personal konnten wir nicht mittragen. Der Stadtrat hätte einen sehr schwierigen Auftrag erhalten. Problematisch fand ich die Tabellenanträge. Die Parteien nahmen sich konkrete Zahlen als Ziel vor. Aus den Tabellen heraus wurden beispielsweise die Postkommunikationsspesen beim Stadtrichteramt gekürzt, obwohl ein gesetzlicher Auftrag für diesen Versand besteht. Dies ist problematisch. Wenn man nur eine Zahl vor Augen hat, kann man auf die Anträge nicht stolz sein. Die Grünen haben seit vielen Jahren einen Antrag auf Anhebung des Steuerfusses gestellt. In unserer Fraktionserklärung sind wir bereits darauf eingegangen. Der bürgerliche Kanton möchte, dass bis 2030 80 000 Personen zusätzlich in der Stadt leben. Die Ausgaben werden steigen, deshalb muss der Steuerfuss steigen. Ich habe die Fraktionserklärungen von 2008 nachgelesen. Sogar die Grünen fanden eine Steuersenkung von 2–3 % verantwortungsvoll. Die SVP zitierte Martin Vollenwyder. Die Situation ist heute eine andere, eine Steuersenkung ist kein Thema, eine Steuererhöhung aber sehr wohl.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Wir haben eine einigermaßen seriöse Debatte geführt. Das Ergebnis ist unbefriedigend. Wir müssten höhere Überschüsse erzielen, um Steuern zu senken und Schulden abzubauen. Sollten die Zinsen steigen, wären wir nicht in der griechischen Vorhölle, sondern direkt im Hades. Von der bürgerlichen Arbeit ging jedoch auch eine präventive Wirkung aus. Andernfalls würde eine Explosion der Ausgaben stattfinden. Ob der Zufallsgenerator für die Stadt zielführend und gut war, steht auf einem anderen Blatt. Es gab auch einige humoristische Elemente. Wir haben beispielsweise gelernt, dass der Kampf gegen die Laubbläser der Grünen etwa mit dem Tod der Bäume gewonnen werden könnte. Wir konnten lernen, dass es besser sei, kalt

zu duschen, da dies kompatibel mit der 2000-Watt-Gesellschaft sei. Dies wiederum hat zur Folge, dass man in die Tischplatte beissen muss und dies führt zu Ersatzinvestitionen. Alles hängt miteinander zusammen. Das Budget muss aber abgelehnt werden.

Roger Tognella (FDP): Das Budget ist kein Budget Babini, sondern ein Budget Glücksfee. Glücksfeen sind keine Zufallsgeneratoren. Dieses Budget ist gerade so an der Grenze, dass es nicht abgelehnt werden muss. Die Linken haben somit lieber ein schlechteres Budget als einen Beitrag zu notwendigen Einsparungen geleistet. Das Eis wird immer dünner, auf dem der Stadtrat das Budget baut. Das Eis fängt an zu bröckeln und einzubrechen. Es hängt ab von einer Person, ob es so oder anders kommt. Das macht uns erpressbar. Wenn wir diese Diskussionen so weiterführen, dann geben wir uns dem Zufall hin. Es bleibt ein strukturelles Defizit in Höhe von 40 Millionen Franken. Ich verstehe nicht, wie von einem positiven Budget gesprochen werden kann. Wir haben zwar ein Plus von 10 Millionen Franken. Das Plus basiert aber nur auf dem Aufwertungsgewinn, den der Stadtrat nicht zählen wollte. Für uns ist es noch immer ein negatives Budget. Wir können nicht hinter diesem Budget stehen. Dass man auf Steuereinnahmen baut, ist klar. Wir hören dies von den Grünen und der SP. Die Steuereinnahmen sollen diesen Parteien zufolge weiter steigen. Gleichzeitig wird ein Ausgabenwachstum geschaffen.

Stefan Urech (SVP): Im Gegensatz zu meinem Sitznachbarn ist das erst meine zweite Budgetdebatte. Es ist für mich spannend zu sehen, was die Stadt für staatliche Aufgaben hält. Die Situation erinnert mich an einen Fettsack und sein soziales Umfeld. Abnehmen bedeutet, weniger zu essen und zu schwitzen und sich zu bewegen. Man muss leiden. Die FDP und wir sind die guten Kollegen, die dem Fettsack sagen, er solle endlich abnehmen. Die GLP und die CVP sind die postmodernen Ernährungsberater, die sagen, man müsse richtig und gesund abnehmen. Die AL hat immer wieder Probleme mit der Polizei. Die Grünen verlocken den Fettsack, doch immer wieder ein Bier zu trinken und ein Döner zu essen. Die SP ist die Mutter, die sagt, dass sie ihn so liebt, wie er ist. Die Stadt muss unbedingt abnehmen.

Roger Liebi (SVP): Die Präsidentin der RPK sagte, einige würden den Teufel an die Wand malen. Die RPK selbst schreibt in ihrem Bericht, sie sei beunruhigt, die Lage der Stadt sei besorgniserregend. Der Bericht der RPK ist nicht rosig. Karin Rykart Sutter (Grüne) sagte, seit dem Jahr 2008 hätten sich die Unternehmens- und Grundstückgewinnsteuern schlecht entwickelt. Im Jahr 2008 hatten wir Steuereinnahmen von juristischen Personen in der Höhe von 576 Millionen Franken und Grundstückgewinnsteuern in Höhe von 112 Millionen Franken. Dies ergibt 688 Millionen Franken. Im Budget 2016 sind es 976 Millionen Franken an Steuereinnahmen von juristischen Personen und 210 Millionen Franken Grundstückgewinnsteuern. Dies ergibt 498 Millionen Franken mehr als 2008. Ich weiss nicht, wie man behaupten kann, die Lage sei schlechter geworden. Die Situation hat sich tatsächlich verbessert. Wir befinden uns hier in einer Art Marionettentheater. Mir ist bewusst, dass ein Budget für das nächste Jahr schwierig umgesetzt werden kann. Man könnte überlegen, ob der Budgetprozess vorverlegt werden könnte. Alternativ könnte man eine Finanz- und Aufgabenplanung analog zum Kanton einführen. Dies wäre die bessere Variante. Irgendwann müssen wir uns in diese Richtung entwi-

ckeln. Wir können nicht jährlich das strukturelle Defizit entwickeln und nur reaktiv sein. Wir müssen aktiv an einer längerfristigen Planung mitarbeiten können. Ich hoffe, dass dies einige Parteien mittragen können. Ich glaube, nur dies wird der Stadt längerfristig helfen können.

Dr. Davy Graf (SP): Jeder Antrag der RPK enthält eine Begründung. Diese Begründung überlässt dem Stadtrat eine Entscheidungsmöglichkeit. Der Stadtrat weiss, wo tatsächlich Handlungsbedarf besteht. Um das Bild der fürsorglichen Mutter aufzunehmen: Eine Mutter muss ihrem Kind Zuversicht schenken. Sie sollte ihm keine Angst machen, wenn die Angst unbegründet ist. Die Bürgerlichen machen Panik. Es lohnt sich, zurückzublicken ins Jahr 2012. Damals wurde für das Jahr 2016 ein Defizit von 487 Millionen Franken erwartet. Wir starteten bei minus 22 Millionen und liegen jetzt bei plus 10 Millionen Franken. Für die Jahre 2014 und 2015 sah es nicht viel rosiger aus. Würde man eine Rakete mit dieser Präzision ins Weltall schießen, wäre das Resultat ernüchternd. Es stellt sich die Frage, wer diesen Beitrag zu dieser Verbesserung geleistet hat. Der Gemeinderat hat das Budget jährlich um rund 30 Millionen verbessert. Die Rechnung schloss immer viel besser ab. Man muss wachsam sein, darf aber auch Zuversicht zeigen. Für 2019 sind fallende Ausgabenüberschüsse prognostiziert. Es gibt eine Trendwende. Diese muss honoriert werden. Die FDP sagte, sie sei nicht erpressbar. Die Definition von jemandem, der erpressbar ist, ist jemand, der handlungsfähig ist. Die FDP ist nicht erpressbar, aber auf einer geraden Linie.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Ich erlaube mir einen Rück- und Ausblick. Ich möchte mich für diese ruhige, sachliche Debatte bedanken. Ich bin dankbar, dass diese Debatte heute beendet wurde. Ich danke meinen Mitarbeitenden. Ich bin mir bewusst, dass eine Budgetdebatte anstrengend und herausfordernd ist. Man lernt Vieles, auch im Bereich des Lebenspraktischen. Wir erlebten, wie die AL der Ansicht war, man könne keine ineffizienten ökonomischen Entscheide treffen, aber selbst 100 000 Franken in ein Abbruchobjekt investieren wollte. Wir haben erlebt, wie das Christentum gerettet wurde. Die Gemeinderatsbudgetdebatte kann süchtig machen. Ich möchte nur einen Detailbeschluss erwähnen. Ich bin froh, dass die Lohnmassnahmen nicht gekürzt wurden. Ich bin froh, dass nach der Kürzung von 30,4 Millionen Franken ein positiver Voranschlag besteht. Der Stadtrat nimmt das Budget so mit. Wir werden so viel wie möglich von diesem Budget umsetzen. Ich kann mit diesem Budget gut leben. In einigen Fällen werden wir Zusatzkredite beantragen müssen. Die Aussichten sind in gewissen Bereichen gut. Die Stadt ist attraktiv und zieht umsatzkräftige Unternehmer und gute Steuerzahler ein. Nichtsdestotrotz sind die wirtschaftlichen Aussichten unsicher. Wir haben mehrere Projekte, die gut herauskommen können, aber ein gewisses Risikopotential bergen. Man muss den Blick nach vorne richten. Wir haben dieses Jahr ein ausgeglichenes Budget. Wir werden uns anstrengen. Die Stadt lässt sich nicht mit einem Budget steuern. Der Stadtrat hält daran fest, dass der aktuelle Steuerfuss angemessen ist.

55 / 64

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1 (neue Dispositivziffer 1. a)

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 1. a.

Die Minderheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1. a.

Mehrheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
Minderheit: Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent
Enthaltung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 43 gegen 82 Stimmen ab.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1 (neue Dispositivziffer 1. b)

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 1. b.

Die Minderheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1. b.

Mehrheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
Minderheit: Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent
Enthaltung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 43 gegen 73 Stimmen ab.

Kommissionsreferentin Dispositivziffer 2:

Rebekka Wyler (SP): *Es geht um den Übertrag des städtischen Lohnsystems der Gesamtverwaltung auf die Organisationseinheiten mit den Lohnkonti.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Enthaltung: Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 82 gegen 0 Stimmen zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten Dispositivziffer 3:

Rebekka Wyler (SP): *Der Finanzvorstand hat bereits alles gesagt. Es geht um die Festsetzung des Steuerfusses. Uns ist Konstanz wichtig.*

Markus Kunz (Grüne): *Die Debatte über die Finanzen der öffentlichen Hand wurde durch Sparmassnahmen geprägt. Sparen wurde definiert als Zustand, bei dem weniger ausgegeben, als eingenommen wird. Für eine Firma mag dies stimmen, für den Staat ist es unpassend. Kaum ist der Haushalt ausgeglichen, sollen wieder Steuern gesenkt werden. Über die letzten 10 Jahre wurden der Stadt und dem Kanton Millionen entzogen. Wir reden nie über die Einnahmen. Wir behaupten also, der Staat dürfe nicht mehr ausgeben, als er hat, daraufhin nehmen wir ihm einen Teil seiner Einnahmen weg und fordern weitere Sparmassnahmen. Seit einigen Jahren funktioniert dies nicht mehr. Dies sieht man auch in der Innerschweiz und einigen Kanton. Auch reiche Zürcher Gemeinden müssen die Steuerfüsse erhöhen. Wir müssen auch über die Einnahmen reden. Wir haben die Zeichen der Zeit erkannt und beantragen nicht eine Erhöhung des Steuerfusses, sondern das Rückgängigmachen der Senkung des Steuerfusses im Jahr 2008. Es wird nicht an einer Budgetdebatte gespart oder über Finanzen bestimmt. Dies tun wir im Verlauf des Jahres. Wir bestellen während des ganzen Jahres. Wir Grünen wissen, was wir bestellen und wir lassen die teuren Dinge durch das Volk absegnen. Wenn wir diese Dinge nicht zahlen, handelt es sich um Zechprellerei. Es geht darum, die Aufgaben, welche die Stadt erbringen soll, auch finanzieren zu können. Die Ursache des Antrags ist das Wachstum der Stadt. Wir verknüpfen diese Forderung mit der Mehrwertabgabe. Dies haben auch die Bürgerlichen auf kantonaler Ebene in der Hand.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Wir bekamen vorgeführt, wie es in der Vergangenheit funktionierte. Markus Kunz (Grüne) sagte, dass in der Vergangenheit über das Sparen gesprochen wurde. Wir haben nicht über das Sparen gesprochen, sondern über die Senkung der Ausgaben. Das Problem sind die Bestellungen. Nun soll es noch schlimmer werden. Wenn gesagt wird, es sei in Ordnung, wenn Private sparen, die öffentliche Hand funktioniere jedoch anders, dann zeigt dies, welche Rechnung hinter solchen Überlegungen steht. Wir müssen dies auch der Öffentlichkeit erzählen. Wir haben rekordhohe Steuereinnahmen, die Lage soll sich weiter verbessern. Wenn wir noch mehr Steuereinnahmen einbringen können, dann sollen wir der Bevölkerung und den Betrieben etwas zurückgeben und den Steuerfuss auf 117 % setzen.*

Weitere Wortmeldung:

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Ich möchte die Debatte nicht verlängern. Anfangs wurde gefragt, warum in der Eintretensdebatte wenig gesagt wurde. Die Widersprüchlichkeit der Rhetorik wurde uns vor Augen geführt. Es wurde gesagt, wir müssten jetzt zwischen Einnahmen und Ausgaben ein Gleichgewicht schaffen. Gleichzeitig wird jedoch gesagt, wir müssten die Einnahmen weiter reduzieren. Das ist widersprüchlich. Wir sitzen hier mit einer gewissen Ratlosigkeit. Wenn ich das Bild vom Fettsack übernehme, dann wird hier dem Fettsack gesagt, er dürfe nur den Berg hinunterrennen, damit er nicht zu viele*

57 / 64

Kalorien verbrennt. Wenn wir das Bild korrigieren, dann handelt es sich bei der Stadt um eine durchschnittlich bis gut trainierte Ausdauersportlerin, der bei einem Langstreckenlauf gesagt wird, sie dürfe nur noch jeden zweiten Verpflegungsposten anpeilen. Dann wird die Stadt überholt. Das wollen wir nicht.

Änderungsanträge / Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit 1 der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 122 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Die Minderheit 2 der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 117 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

Minderheit 1: Felix Moser (Grüne), Referent

Minderheit 2: Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	67 Stimmen
Antrag Minderheit 1	14 Stimmen
Antrag Minderheit 2	<u>43 Stimmen</u>
Total	124 Stimmen
= absolutes Mehr	63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 4:

Andreas Kirstein (AL): *Es geht um den Globalbudgetantrag zum Kostendeckungsgrad der Alterszentren. Die Mehrheit der RPK lehnt den Abschreibungsantrag ab. Formell ist zu klären, wie die Abschreibungen von Globalbudgetanträgen richtig zu behandeln sind. Die Geschäftsordnung des Gemeinderats weist hier eine Lücke auf. Die RPK bittet um*

58 / 64

Rückweisung des Abschreibungsantrags, um das Verfahren zu klären und das Geschäft in den Rat zu bringen. Die vorgeschlagene Umsetzung ist nicht befriedigend. Ich bitte bei der Wiedererwägung um die entsprechende Umsetzung des eigentlichen Antrags.

Roger Liebi (SVP): *Wir haben den Eindruck, dies sei sauber aufgeführt. Deshalb stimmen wir mit dem Stadtrat.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 4.

Die Minderheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Mehrheit: Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen zu.

Kommissionsreferentin Dispositivziffern 5–6:

Rebekka Wyler (SP): *Bei den Punkten 5 und 6 gibt es dieselben Anliegen und Mehrheiten. Ich kann mich meinem Vorredner zu Antrag 4 anschliessen. Das Verfahren ist nicht klar geregelt. Wir werden mit der Finanzverwaltung ein Hearing durchführen, um dies zu klären. Wir kamen jedoch zum Entschluss, dass bei diesen zwei Fällen – alle Unterzeichnenden sind mit diesem Vorgehen einverstanden – zugestimmt werden kann.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Zustimmung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 125 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

59 / 64

Zustimmung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 125 gegen 0 Stimmen zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 7:

Rebekka Wyler (SP): *Es geht um das Budget der Stiftung zur Erhaltung von kostengünstigem Wohn- und Gewerberaum. Die Mehrheit beantragt die Genehmigung des Budgets.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Bei der Budgetdebatte wurden verschiedene Anträge zu diesem Bereich gestellt. Diese Anträge wurden abgelehnt, deshalb beantragen wir auch die Ablehnung des Budgets.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 7.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Ausstand: Christoph Marty (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 8:

Rebekka Wyler (SP): *Die Mehrheit der RPK beantragt die Ablehnung des Änderungsantrags und die Kenntnisnahme des Budgets der Stiftung für kinderreiche Familien.*

Martin Bürlimann (SVP): *Die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familie vermietet Wohnungen und Reiheneinfamilienhäuser für Familien mit mindestens drei Kindern und bescheidenem Einkommen. Die Stiftung bietet 511 Wohnungen an, 417 dieser Wohnungen haben vier oder mehr Zimmer und sind somit für Familien mit vielen Kindern geeignet. Es geht um die Wohnsiedlungen Au, Brunnenhof, Friesenberg, Leimbach und Luchswiesen. Der Aufwand soll im Vergleich zur Rechnung 2014 sinken. Der Aufwand für den Unterhalt der Liegenschaften soll um 200 000 Franken sinken. Es wird gesagt,*

60 / 64

dass weniger Wohnungswechsel erwartet würden. Es wirft die Frage auf, ob Familien in diesen Wohnungen bleiben, wenn der Stiftungszweck nicht mehr erfüllt wird. Es herrscht zu wenig Transparenz.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 8

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 8:

8. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2016 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit : Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
Enthaltung: Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 8

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 8.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 8.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit : Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
Enthaltung: Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Ausstand: Karin Rykart Sutter (Grüne), Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen zu.

Kommissionsreferentin Dispositivziffer 9:

Rebekka Wyler (SP): Die einstimmige RPK beantragt die Kenntnisnahme des Budgets der Stiftung für Alterswohnungen.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 9

61 / 64

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 9.

Zustimmung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Ausstand: Ursula Uttinger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 124 gegen 0 Stimmen zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 10:

Rebekka Wyler (SP): *Wir beantragen die Ablehnung des Änderungsantrags und die Kenntnisnahme des Budgets der Stiftung.*

Martin Bürlimann (SVP): *Die neue Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen entstand im Zuge einer Volksabstimmung 2013. Das Stiftungskapital wird für den Bau und die Sanierung von Liegenschaften eingesetzt. Der Stiftungszweck ist, mehr bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt zur Verfügung zu stellen, die den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft entsprechen. Die Stiftung hat ein Budget erstellt. 100 000 Franken wurden für Studien und Konzepte eingestellt. Wenn man die gemeinnützigen Wohnungen von einem Viertel auf ein Drittel erhöhen will, so kostet dies gemäss Stadtrat 15,6 Milliarden Franken. Dies ist die Hauptforderung des wohnpolitischen Grundsatzartikels. Dies ist nicht finanzierbar und unsozial gegenüber denjenigen, die das zahlen müssen.*

Weitere Wortmeldung:

Walter Angst (AL): *Es handelt sich dabei um die Kampagne gegen den Grundsatzartikel und nicht um die Aussagen des Stadtrats. Es wäre sinnvoll, wenn die Stiftung anfangen würde zu arbeiten, wenn sie von der Stadt Land bekommt. Wir halten die Ausgaben für problematisch.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 10

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 10:

10. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen für das Jahr 2016 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit : Martin Bürlimann (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël

62 / 64

Enthaltung: Tschanz (FDP)
Vizepräsident Walter Angst (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 43 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 10

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 10.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 10.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP),
Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Martin Bürlimann (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël
Tschanz (FDP)
Enthaltung: Vizepräsident Walter Angst (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 43 Stimmen zu.

Dispositivziffer 11:

Felix Moser (Grüne): *Wir beantragen die Streichung dieser Dispositivziffer. Im Verlauf der Lesungen stellte sich heraus, dass das Budget der AOZ erst am 14. Dezember durch den Verwaltungsrat verabschiedet wird. Dies erfolgt also am kommenden Montag. Das Budget hier ist noch nicht genehmigt. Wir haben weiter nachgeforscht. Es stellte sich heraus, dass die AOZ im städtischen Budget drei Ausgabenkredite hat. Der Gemeinderat muss das Budget zur Kenntnis nehmen. Es gibt unklare und widersprüchliche Verordnungen in der Globalbudgetverordnung und in der Verordnung der AOZ. Es ist unklar, wer welches Budget genehmigen muss. Ausserdem ist klar, dass die AOZ arbeiten kann, unabhängig davon, ob der Gemeinderat dieses Budget genehmigt. Es muss geregelt werden, wie das in Zukunft ablaufen soll.*

Roger Liebi (SVP): *Ich muss nachfragen: Es wird von Streichung der Dispositivziffer gesprochen. Meines Erachtens geht dies nicht. Der Punkt ist die Kenntnisnahme des AOZ-Berichts. Aber wir versuchen es mit der Streichung. Es war mir nicht bewusst, dass wir das so entschieden haben. Wir wissen alle, dass im Dezember das Budget vom Gemeinderat abgenommen wird. Dies weiss auch die AOZ. Wir können das Budget der AOZ nicht abnehmen. Dies wirft nicht das beste Licht auf die Organisation. Insbesondere wurde uns gesagt, der Gemeinderat könne das Budget nicht genehmigen, sondern nur zur Kenntnis nehmen. Deshalb ist es nicht wichtig, ob wir das Budget abnehmen. Dies hängt mit der Organisationsform zusammen. Wenn uns von der Verwaltung gesagt wird, wir könnten das Budget nur zur Kenntnis nehmen, dann hat dies weitreichende Folgen. Ich spreche auch die Situation im ewz an.*

63 / 64

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 11

Felix Moser (Grüne) beantragt namens der RPK die Streichung von Dispositivziffer 11.

Der Rat stimmt dem Antrag von Felix Moser (Grüne) mit 87 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 11

Die RPK enthält sich bei der Abstimmung zu Dispositivziffer 11.

Enthaltung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Gemäss der vorhergehenden Abstimmung entfällt die Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 11.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

- 1.a Das Budget der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung für das Jahr 2016 wird genehmigt.
- b Die Produktgruppen-Globalbudgets für das Jahr 2016 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, in Höhe von Fr. 11 097 300.– nach erfolgter Lohnrunde 2016 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
5. Der dringliche Globalbudgetantrag, GR Nr. 2015/77, von Matthias Probst (Grüne), Helen Glaser (SP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 18. März 2015 betreffend Globalbudget Grün Stadt Zürich, Einführung von Steuerungsgrössen, welche die Menge und die Qualität der ökologisch wertvollen Flächen beschreiben, wird als erfüllt abgeschrieben.
6. Der Globalbudgetantrag, GR Nr. 2014/380, von Andreas Kirstein (AL) vom 26. November 2014 betreffend Globalbudget ewz, Einführung einer neuen Steuerungsvorgabe «Anzahl angeschlossene Haushalte», wird als erfüllt abgeschrieben.
7. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2016 wird genehmigt.

64 / 64

8. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2016 wird zur Kenntnis genommen.
9. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2016 wird zur Kenntnis genommen.
10. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen für das Jahr 2016 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 16. Dezember 2015 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat